

Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, werte Kollegen und Gäste,

Wir sollen heute etwas beschließen, was längst passiert ist: Die Einleitung eines Gesetzgebungsverfahrens zur freiwilligen Eingliederung der Stadt in den Wartburgkreis.

Die Beschlussfassung heute wäre also ein rein deklaratorischer Akt.

Als Grundlagen für das gewünschte absegnen eines laufenden Prozesses dienen Hoffnungen und den Vorgang an sich betreffend legitime Forderungen von SPD und CDU, die sie mit ihrem Änderungsantrag verdeutlichen.

Was darin steht, ist richtig und würde zu einem solchen Prozess selbstredend dazugehören.

Und was uns veranlasst hat, diesen Prozess einst überhaupt freiwillig anzustoßen, wissen wir alle.

Doch nach wie vor meinen wir von der NPD-Fraktion, sind die Grundlagen nicht einmal dafür gegeben, in die erste Lesung des Gesetzes zu gehen.

Das ist auch der Grund, warum wir heute wieder mit Nein stimmen werden. Denn, wie der Kollege Neumann bereits mehrfach betonte, können als Entscheidungsgrundlage einzig und allein nackte Zahlen dienen.

Diese Zahlen haben wir bis heute nicht. Nun heißt es von der Oberbürgermeisterin, dass die Zeit bis zur zweiten Lesung ausreichen wird, alle noch vorhandenen Baustellen auszuräumen.

- Mir fällt dazu Goethe ein, der seinen Faust sagen läßt: „Die Botschaft hör´ ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“,

Denn in der Diskussion mit den regierungstragenden Fraktionen wurde doch mehr als deutlich, dass wir allerlei Forderungen aufstellen können, die aber einerseits als KO-Kriterium gelten und andererseits die Aussage hervorlockten, dass man als Stadtrat der Regierung in ihre Gesetzgebungskompetenz nicht derart hineinreden darf.

Auch deshalb hegen wir immer noch starke Zweifel daran, dass wir diesen einmal in Gang gesetzten Prozess, diesen fahrenden Zug, aufhalten oder merklich beeinflussen können.

Deshalb sollten wir heute schon die vorliegenden Fakten zur Entscheidungsfindung heranziehen.

Zu den Fakten gehören die Ausführungen der Landesvertreter im uns alle vorliegenden Gesetzentwurf, den hoffentlich auch diejenigen gelesen haben, die bislang ohne wirklich nachzudenken, Zustimmung signalisierten. Darin heißt es unter D. Kosten

Zitat: „Die Auswirkungen des Gesetzes auf die kommunalen Haushalte der beteiligten Gebietskörperschaften sind nicht quantifizierbar. Die Neugliederungsmaßnahme schafft durch die Zusammenlegung der bisherigen Leistungspotentiale die Voraussetzung dafür, dass mittel- und langfristig Effizienzgewinne und Kosteneinsparungen erzielt werden können.“

Im Schreiben von Innenstaatssekretär Höhn v. 20. August diesen Jahres las sich das noch wesentlich konkreter und er verstieß sich zu der Aussage, dass dem Stadtrat die Prognosen zur künftigen Leistungsfähigkeit positiv aufgezeigt werden können.

Wer wie ich mit dem Wartburgkreis am Verhandlungstisch gesessen hat, weiß, dass dort schon Synergiepotentiale und Berechnungen zum Personal aufgezeigt worden sind und wir kennen auch alle die Berechnungen verschiedener Szenarien von Aufgabenübergängen auf den Kreis.

Wo dann noch mehr längerfristige Effizienzgewinne und Kosteneinsparungen liegen sollen, möchte ich gerne wissen. Wenn man die Verwaltung in Eisenach noch etwas ausdünnst vielleicht. Aber wollen wir das?

Anrede,

es drängen sich auch einige weitere Fragen auf:

Als Stadträte wissen wir, wie Parlamentarismus funktioniert. Heute gibt es ja zuhauf Änderungsanträge.

Was ist, wenn am Tag der zweiten Lesung Änderungsanträge zu den uns betreffenden Gesetzen eingehen, die dann auch noch beschlossen werden? Änderungen von denen wir bis dahin nichts wussten und die dann aber Eingang finden.

Nach der zweiten Lesung gibt es kein Zurück mehr, werte Kollegen!

Und dann soll ja dieses Gesetz, demokratiepolitisch höchst fragwürdig, künftige Landesregierungen oder Landtage dazu verpflichten, Gesetze zu erlassen, die uns eine freie Spitze von 1,5 Millionen Euro verschaffen.

Was ist also, wenn künftige Vertretungen dieses Gesetz ablehnen, verändern oder andere Kommunen erfolgreich dagegen klagen?

Und dann heißt es ja zu dieser Monitoring-Regelung so schön schwammig, dass wenn wir trotz sparsamer und wirtschaftlicher Haushaltsführung im laufenden Haushaltsjahr keine 1,5 Millionen freie Spitze erreichen, eine Evaluation erfolgt.

Nun soll diese Evaluation ja auf Grundlage eines Musterhaushaltes und der Prüfberichte der vorhergehenden zwei Jahre basieren.

Den Musterhaushalt kennen wir ja ebensowenig wie die aktuellen Berechnungen von Stadt und Land.

Liebe Kollegen,

es wird immer wieder betont, dass das Haushaltsrecht das Königsrecht eines jeden Parlamentes ist. Wir wissen, wie oft wir unsere wenigen freiwilligen Ausgaben schon vom Land kritisch hinterfragen lassen mussten. Wird es künftigen Stadträten dann also verwehrt bleiben, ihr Königsrecht wahrzunehmen und einen Haushalt nach eigenen Vorstellungen zu gestalten? Gestrichene freiwillige Ausgaben wieder hineinzunehmen oder die Gewerbesteuer wieder investoren- und mittelstandsfreundlich zu gestalten? Wenn das so ist, was ist dann eigentlich anders als jetzt?

Oder wird das Gesetz so auszulegen sein, und ich übertreibe jetzt ganz bewusst, dass jedes Defizit im Haushalt ausgeglichen wird, um jene Minifreie Spitze zu erreichen?

Fragen über Fragen!

Die Frage ist auch, was mit unserem Haushalt und unserer Haushaltsführung eigentlich passiert zwischen der Feststellung, dass wir die 1,5 Mio verfehlt haben, der Evaluation und der Verabschiedung des Gesetzes?

Im §7 des Gesetzentwurfes heißt es ja dazu: „Sofern aus der Evaluation hervorgeht, dass die dauernde Leistungsfähigkeit mit einer freien Spitze von mindestens 1 500 000 Euro der Stadt Eisenach trotz sparsamer und wirtschaftlicher Haushaltsführung im laufenden Haushaltsjahr und in der Finanzplanung **für die folgenden drei Jahre nicht eintritt**, wird die Landesregierung **spätestens im Folgejahr** der Evaluation einen Gesetzentwurf zur Anpassung der Unterstützungsleistungen nach § 10 dieses Gesetzes oder eine Novellierung der Verteilungsmechanismen des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes zu Gunsten Großer Kreisstädte erarbeiten.“

Heißt also, wenn wir 2021 das Ziel verfehlen und das in den folgenden drei Jahren womöglich Auch **und nur dann**, dann erläßt man ein Jahr später ein Gesetz, das dann vielleicht wiederum im Jahr darauf am 1.1.2023 in Kraft tritt und uns dann Zahlungen bis zu dieser freien Spitze bescheren soll.

Ob das dann so vom Landtag, dessen Zusammensetzung wir nicht kennen, beschlossen wird, ist die eine Frage und die andere ist auch, was ist, wenn wir immer wieder diese freie Spitze verfehlen, aber in der Finanzplanung die folgenden Jahre besser aussehen?

Dann liebe Kollegen werden wir immer wieder Jahre erleben, in denen wir anders als jetzt mit den lästigen Bedarfszuweisungen wenig bis gar nichts investieren können.

Und erinnern Sie sich: Am Anfang der Diskussion um das Monitoring hieß es noch: 1,5 Millionen freie Spitze jedes Jahr. Jetzt nur noch dann, wenn auch die drei Jahre danach das Erreichen dieser Spitze nicht absehen lassen.

Im Änderungsantrag von SPD und CDU ist zwar von einer dauerhaften Gewährleistung dieser Spitze die Rede, doch ob dieser Passus wirklich tangiert wird, ist mir noch nicht klar.

Fraglich ist für mich auch, ob es wirklich BürgerBETEILIGUNG oder nur BürgerINFORMATION geben wird bis zur zweiten Lesung.

Ich hatte mal in Eisenacher Facebook-Gruppen Umfragen zur Fusion gemacht. Freilich sind diese nicht repräsentativ und bindend. Aber sie machten zum Beispiel überwältigend deutlich, dass die meisten Bürger Eisenach als Kreisstadt sehen wollen.

Und das ist nur ein Punkt des Zukunftsvertrages. Was also, wenn in den Bürgerversammlungen zuhauf Dinge gefordert werden, die weder gegenüber dem Kreis noch dem Land umsetzbar sind?

Wird dann die BürgerBETEILIGUNG zur Farce oder wird dementsprechend gehandelt, auch wenn es das Ende des Prozesses bedeutet.

Überhaupt stellt sich ja die Frage, wie viele einfache Bürger ohne Parteibuch sich zu einer Art Beteiligung animieren lassen, wenn sie wissen, der Prozess ist längst auf Landesebene im Gange.

Das Eisenach wenn dann Oberzentrum wird, ist wichtig für uns. Aber auch hier gebe ich etwas zu Bedenken: In den diesbezüglichen Ausführungen des Landes wird ja bereits deutlich, dass es nur mit Eingemeindungen geht. Das dabei nicht nur um Krauthausen und den Kindel gehen dürfte, sollte jedem einleuchten.

Ich habe ja bereits in einer meiner vorvergangenen Reden darauf verwiesen, dass die Eingemeindung Eisenachs auch viel Zwist und Streit mit sich bringen kann. Ob es dann also förderlich für die kommunale Familie und das Zusammenwachsen der Region sein wird, wenn Wutha-Farnroda, Creuzburg und andere befürchten müssen, den Status von übertrieben formuliert Berteroda zu erhalten, ist mehr als nur fraglich.

Liebe Kollegen,

Ohne Zahlen und Fakten sollten wir nicht einleiten, was später nicht mehr gänzlich oder nach unseren Vorstellungen aufzuhalten wäre.

Die vielen Fragen, die ich formulierte, werden nicht bis zur zweiten Lesung vom Tisch sein.

Ob Gesetze verabschiedet werden, die man künftigen Parlamenten ins Stammbuch schreibt, ist fraglich.

Ob künftige Stadträte auf Basis von Musterhaushalten und schwammigen Formulierungen wirtschaften wollen, ist genauso fraglich.

Die drohenden zwei Wahlen sollten uns nicht veranlassen, das alles zu ignorieren.

Wir lassen uns nicht einlullen – wir lehnen ab!